



Rechtsanwaltskanzlei Bergt und Partner AG

Buchenweg 6 | Postfach 743

9490 Vaduz, Liechtenstein

+423 235 40 15

office@bergt.law

www.bergt.law

Handelsregister-Nr.: FL-0002.685.478-1

MwSt-Nr.: 62 462

Allgemeine Geschäftsbedingungen (Juni 2022)



1. Anwendungsbereich

Diese Geschäftsbedingungen gelten für unsere gesamten Dienstleistungen, die im Zuge eines zwischen Ihnen als Kunde oder Kundin und der Rechtsanwaltskanzlei Bergt und Partner AG („wir“; „uns“; „unser“; „Kanzlei“) bestehenden Vertragsverhältnisses (im Folgenden auch "Auftrag") ausgeführt und angeboten werden.

2. Datenschutz

Wir nehmen den Datenschutz sehr ernst. Bei Erfüllung unserer vertraglichen Pflichten und im Zuge der mit Ihnen geführten Korrespondenz erheben und verarbeiten wir personenbezogene Daten. Die durch uns ausgeführte Datenverarbeitung von personenbezogenen Daten erfolgt unter Einhaltung der Datenschutz-Grundverordnung (EU) 2016/679 und der nationalen Datenschutzgesetzgebung (Datenschutzgesetz, Datenschutzverordnung sowie in Nebengesetzen explizit angeführte datenschutzrechtliche Bestimmungen i.d.g.F.).

Sie erklären sich deshalb bei Auftragserteilung ausdrücklich damit einverstanden, dass wir die Sie und/oder Ihr Unternehmen betreffenden personenbezogenen Daten insoweit verarbeiten, überlassen oder übermitteln (i.S.d. geltenden Datenschutzgesetzgebung), als dies zur Erfüllung der uns von Ihnen übertragenen Aufgaben notwendig und zweckmässig erscheint oder sich aus unseren gesetzlichen Verpflichtungen ergibt.

Die relevante Datenschutzinformation findet sich in Form einer Datenschutzerklärung auf der Website der Kanzlei abgebildet. Diese Datenschutzerklärung bildet integralen Bestandteil vorliegender Geschäftsbedingungen.

In den meisten Fällen tritt die Kanzlei als Auftragsverarbeiter auf. In diesem Zusammenhang fertigt die Kanzlei die geforderte Dokumentation aus oder bemüht sich mit dem Verantwortlichen innert nützlicher Frist um die Erstellung der notwendigen Dokumente.

3. Auftrag und Vollmacht

Wir nehmen unseren Auftrag im Rahmen und auf Basis eines separat angefertigten Beratungsvertrages wahr. Gegenständlich angeführte AGB gelten als integraler Bestandteil des von uns ausgefertigten Beratungsvertrags.

Wir erteilen keine steuerrechtlichen Auskünfte und Beratungen und wir wirken nicht an der Planung und Durchführung von Finanz- oder Immobilientransaktionen mit.

Die von Seiten des Kunden bzw. der Kundin für den Auftrag eingeräumten Vollmachten und Pflichten werden im Beratungsvertrag rechtsverbindlich niedergeschrieben, wobei wir ausschliesslich auf Ihre Instruktion tätig werden.

4. Ihre Informations- und Mitwirkungspflichten

Im Rahmen der Abklärung von Interessenskonflikten und des Verfahrens beim Onboarding sind Sie verpflichtet, uns alle erforderlichen Unterlagen vorzulegen, und während des laufenden Mandats können weitere Unterlagen angefordert werden. Nach Erteilung des Auftrags sind Sie verpflichtet, uns

sämtliche Informationen und Tatsachen, die im Zusammenhang mit der Ausführung des Auftrages von Bedeutung sein könnten, unverzüglich mitzuteilen und alle erforderlichen Unterlagen zugänglich zu machen.

Während Bestehen des Auftrages sind Sie verpflichtet, uns alle geänderten oder neu eintretenden Umstände, die im Zusammenhang mit der Ausführung des Auftrages von Bedeutung sein könnten, unverzüglich nach Bekanntwerden derselben mitzuteilen.

Bei Pflichterfüllung im Zusammenhang mit dem Datenschutzrecht dürfen wir uns auf Ihre eingeholten Unterlagen verlassen. Sie sind verpflichtet, uns sämtliche für unsere Auftragserfüllung notwendigen Informationen und Dokumente umgehend zur Verfügung zu stellen.

5. Entgeltanspruch

Sofern keine anderslautende Vereinbarung mit dem Kunden oder der Kundin getroffen wurde, haben wir Anspruch auf ein angemessenes Zeithonorar, welches sich gemäss dem mit dem Auftrag verbundenen Risiko bemisst. Es wird Wertbeständigkeit der Forderung plus Nebenforderung vereinbart.

Bei Vereinbarung eines Pauschalhonorars ist ein Kostenvorschuss in Höhe von 40% der Auftragssumme zu erstatten, sofern der Beratungsvertrag keine anderweitige Regelung vorsieht.

Zu dem uns gebührenden / mit uns vereinbarten Honorar sind die Mehrwertsteuer im gesetzlichen Ausmass, die erforderlichen und angemessenen Spesen (z.B. Reisespesen, Telefon, Fax, Kopien) sowie die in Ihrem Namen entrichteten Barauslagen hinzuzurechnen.

Sie nehmen zur Kenntnis, dass eine von uns vorgenommene, nicht ausdrücklich als bindend bezeichnete Schätzung über die Höhe des voraussichtlich anfallenden Honorars unverbindlich und nicht als verbindlicher Kostenvoranschlag zu sehen ist, weil das Ausmass der von uns zu erbringenden Leistungen ihrer Natur nach nicht verlässlich im Voraus beurteilt werden kann.

Wir sind zu jedem beliebigen Zeitpunkt, jedenfalls aber quartalsmässig, berechtigt, Rechnung zu legen und Kostenvorschüsse zu verlangen. Die aufgelaufenen Honorare werden mangels anderweitiger Vereinbarung monatlich oder bei Überschreitung von CHF 3'000.00 in Rechnung gestellt.

Sie bestätigen, dass Sie letztlich wirtschaftlich berechtigter aller Gelder sind und unsere Vertragspartner sind (und nicht für Dritte agieren).

Sofern Sie sich als Unternehmer i.S.d. KSchG qualifizieren, gilt eine Ihnen übermittelte und ordnungsgemäss aufgeschlüsselte Rechnung als genehmigt, wenn und soweit Sie nicht innert 10 Tagen (massgebend ist der Eingang bei uns) ab Erhalt schriftlich widersprechen.

Sofern Sie mit der Zahlung des gesamten oder eines Teiles der Rechnung in Verzug geraten, schulden Sie uns Verzugszinsen in der gesetzlichen Höhe. Die Verzugszinsen betragen 5 % pro Jahr gegenüber Konsumenten und 8 % pro Jahr über dem Bezugszinssatz gegenüber Unternehmern. Darüberhinausgehende gesetzliche Ansprüche bleiben unberührt.



Barauslagen, Material und Spesen (z.B. wegen zugekaufter Fremdleistungen) können, sofern der Beratungsvertrag keine abweichende Regelung enthält, nach unserem Ermessen zur direkten Begleichung an Sie weitergeleitet werden.

Unseren Kosten wird generell die liechtensteinische Mehrwertsteuer hinzugerechnet. Das Reverse-Charge-Verfahren, ein Mehrwertsteuerexport oder ähnliche Verfahren können zur Anwendung gelangen. Bei Erteilung eines Auftrages durch mehrere Personen haften diese solidarisch für alle uns daraus entstehenden Forderungen. Die Auftraggeber*innen und deren Vertreter*innen, Gründer*innen, Eigentümer*innen, oder sonstige Kontrollbefugte und letztlich wirtschaftlich berechnete Personen haften allesamt zudem jeweils persönlich und solidarisch für alle uns entstandenen Forderungen aus der Auftragserteilung.

6. Vermeidung von Interessenkollisionen

Auf Basis, der uns von Ihnen zur Verfügung gestellten Informationen haben wir nach bestem Wissen und Gewissen versucht zu überprüfen, ob der anzubahnende Auftrag allenfalls Interessenkollision nach sich ziehen könnte. Sollte sich im Verlauf der Geschäftsbeziehung aufgrund weiterer Umstände eine Interessenkollision erkennen lassen, werden wir uns bemühen, eine für beide Seiten akzeptable und vertretbare Lösung zu finden. Falls der uns erteilte Auftrag aufgrund der festgestellten Interessenkollision jedoch dennoch beendet werden muss, bleibt unser Anspruch für die bis zur Beendigung des Mandats angefallenen Honorare und Auslagen unberührt.

7. Unsere Haftung

Unsere Haftung, für die von uns zu verantwortenden Schäden ist, beschränkt auf die Summe der Honorare, welche Sie an uns bezahlt haben. Jedenfalls ist die Haftung der Kanzlei und ihrer Vertreter auf den Betrag beschränkt, der von unserer Berufshaftpflichtversicherung übernommen und bezahlt wird, dies maximal bis zu dem versicherten Höchstbetrag.

Die Haftung für Fahrlässigkeit ist gegenüber Unternehmern ausgeschlossen.

Die Haftung für leichte Fahrlässigkeit ist gegenüber Konsumenten ausgeschlossen.

Die Gefahr des zufälligen Untergangs trägt der Kunde oder die Kundin.

Die Haftung für Vorsatz bleibt unberührt. Ist die Haftung der Kanzlei ausgeschlossen oder beschränkt, gilt dies auch für die persönliche Haftung ihrer Arbeitnehmer und Erfüllungsgehilfen.

Wir haften nicht für Handlungen, welche aufgrund von Ihnen übermittelten unvollständigen, irreführenden, täuschenden oder unrichtigen Informationen oder uns zur Verfügung gestellten Dokumenten gesetzt wurden.

Wir haften für, im Rahmen der Leistungserbringung mit einzelnen Teilleistungen, beauftragte Dritte (insbesondere externe Gutachter, Berater, etc.), die weder Mitarbeiter noch in sonstiger Funktion tätigen Gesellschafter sind, sofern sie von uns ohne Ihre Zustimmung beauftragt wurden, nur bei Auswahlverschulden. Sollten Sie mehrere Personen in derselben Angelegenheit beauftragt haben, haften wir nicht für Schäden,

welche durch Ihre anderen Vertreter oder Berater verursacht wurden. Wir haften nicht gegenüber Dritten.

Ausser in den Fällen, in denen das zwingend anwendbare Recht dies vorsieht, haftet kein*e Partner*in, Geschäftsführer*in, leitende*r Angestellte*r, Mitarbeiter*in oder sonstige*r Vertreter*in der Kanzlei in seiner oder ihrer jeweiligen Eigenschaft persönlich gegenüber Ihnen.

8. Verjährung / Präklusion

Soweit nicht gesetzlich eine kürzere Verjährungs- oder Präklusivfrist gilt, verfallen für Sie als Unternehmer i.S.d. KSchG sämtliche Ansprüche gegen uns, wenn sie nicht von Ihnen binnen sechs Monaten ab dem Zeitpunkt, in dem Sie vom Schaden und der Person des Schädigers oder vom sonst anspruchsbegründenden Ereignis Kenntnis erlangt haben, gerichtlich geltend gemacht werden, längstens aber nach Ablauf von fünf Jahren nach dem schadenstiftenden (anspruchsbegründenden) Verhalten (Verstoss).

Für Sie als Verbraucher i.S.d. KSchG verfallen sämtliche Ansprüche, jedoch nicht Gewährleistungsansprüche, gegen uns, wenn sie nicht von Ihnen binnen eines Jahres ab dem Zeitpunkt, in dem Sie vom Schaden und der Person des Schädigers oder vom sonst anspruchsbegründenden Ereignis Kenntnis erlangt haben, gerichtlich geltend gemacht werden, längstens aber nach Ablauf von fünf Jahren nach dem schadenstiftenden (anspruchsbegründenden) Verhalten (Verstoss).

9. Beendigung des Mandats

Der erteilte Auftrag kann von Ihnen oder uns ohne Einhaltung einer Frist und ohne Angabe von Gründen jederzeit aufgelöst werden, sofern sich aus dem Beratungsvertrag keine anderweitige Vereinbarung ergibt. Unser Honoraranspruch bleibt davon unberührt.

Nach Beendigung des Auftrages sind wir vorbehaltlich zwingender gesetzlicher Vorschriften nicht verpflichtet, Sie auf einen bestimmten Stichtag hinzuweisen, bis zu dem Sie etwas tun oder unterlassen müssen, um einen Anspruch oder ein Recht zu wahren.

10. Aufbewahrung von Unterlagen

Wir sind verpflichtet, die Akten gem. Gesetz ab Beendigung des Auftrages aufzubewahren und Ihnen in dieser Zeit bei Bedarf Abschriften auszuhändigen.

Die Kanzlei hat nach Beendigung des Auftragsverhältnisses auf Verlangen, Urkunden im Original zurückzustellen. Die Kanzlei ist berechtigt, Kopien dieser Urkunden zu behalten, solange dies aus vertraglichen bzw. gesetzlichen Verpflichtungen erforderlich ist.

11. Rechtswahl und Gerichtsstand



Die Geschäftsbedingungen und das durch diese geregelte Auftragsverhältnis untersteht liechtensteinischem Recht unter Ausschluss der Bestimmungen des Internationalen Privatrechts, sofern dem nicht zwingende Verbraucherschutzbestimmungen des Mitgliedstaates entgegenstehen, in dem Sie als Verbraucher Ihren Hauptwohnsitz haben.

Für Rechtsstreitigkeiten aus oder im Zusammenhang mit dem durch die Geschäftsbedingungen geregelten Vertragsverhältnis, wozu auch Streitigkeiten über dessen Gültigkeit zählen, wird die Zuständigkeit des sachlich zuständigen Gerichtes an unserem Sitz vereinbart, soweit dem nicht zwingendes Recht entgegensteht.

Die Kanzlei behält sich vor, Ansprüche gegen Sie an Ihrem ordentlichen Gerichtsstand sowie vor jedem anderen zuständigen Gericht geltend zu machen.

12. Salvatorische Klausel

Die Unwirksamkeit von einzelnen Bestimmungen dieser AGB oder der hierdurch geregelten Vertragsverhältnisse lässt die Gültigkeit der übrigen Vereinbarungen unberührt. Die Vertragspartner verpflichten sich, unwirksame Bestimmungen durch eine dieser im wirtschaftlichen Ergebnis möglichst nahekommende Regelung zu ersetzen.

13. Kommunikation

Unsere Erklärungen an Sie gelten jedenfalls als zugegangen, wenn sie an die bei Mandatserteilung von Ihnen bekanntgegebene oder die danach schriftlich mitgeteilte, geänderte Adresse versandt werden. Wir können mit Ihnen aber — soweit nichts anderes vereinbart ist — in jeder uns geeignet erscheinenden Weise korrespondieren.

Nach diesen Auftragsbedingungen schriftlich abzugebende Erklärungen können — soweit nichts anderes bestimmt ist — auch mittels Fax oder E-Mail abgegeben werden.

Mangels anders lautender schriftlicher Weisung sind wir berechtigt, den E-Mail-Verkehr mit Ihnen in nicht verschlüsselter Form abzuwickeln. Sie erklären, über die damit verbundenen Risiken (insbesondere Zugang, Geheimhaltung, Veränderung von Nachrichten im Zuge der Übermittlung) informiert zu sein und in Kenntnis dieser Risiken zuzustimmen, dass der E-Mail-Verkehr nicht in verschlüsselter Form durchgeführt wird.

14. Widerrufsrecht und Folgen des Widerrufs

Sie als Konsument haben das Recht, binnen 14 Tagen ohne Angabe von Gründen diesen Vertrag zu widerrufen, wenn dieser im Fernabsatz geschlossen wurde. Die Widerrufsfrist beträgt 14 Tage ab dem Tag des Vertragsabschlusses. Um Ihr Widerrufsrecht auszuüben, müssen Sie die Kanzlei mittels eindeutiger Erklärung (z.B. Brief oder E-Mail) über Ihren Entschluss, diesen Vertrag zu widerrufen, informieren. Sie können dafür das beigefügte Muster „Widerrufsformular“ nutzen. Zur Wahrung der Widerrufsfrist reicht es aus, dass Sie die Mitteilung über die Ausübung des Widerrufsrechts vor Ablauf der Widerrufsfrist absenden.

Wenn Sie diesen Vertrag widerrufen, haben wir Ihnen alle Zahlungen, die wir von Ihnen erhalten haben, unverzüglich und spätestens binnen 14 Tagen ab dem Tag zurückzuzahlen, an dem die Mitteilung über Ihren Widerruf dieses Vertrags bei uns eingegangen ist. Für diese Rückzahlung verwenden wir dasselbe Zahlungsmittel, das Sie bei der ursprünglichen Transaktion eingesetzt haben, es sei denn, mit Ihnen wurde ausdrücklich etwas anderes vereinbart; in keinem Fall werden Ihnen wegen dieser Rückzahlung Entgelte berechnet.

Haben Sie verlangt, dass die Dienstleistungen während der Widerrufsfrist beginnen soll, so haben Sie uns einen angemessenen Betrag zu zahlen, der dem Anteil der bis zu dem Zeitpunkt, zu dem Sie uns von der Ausübung des Widerrufsrechts hinsichtlich dieses Vertrags unterrichten, bereits erbrachten Dienstleistungen im Vergleich zum Gesamtumfang der im Vertrag vorgesehenen Dienstleistungen entspricht. Unter Angemessenheit des Betrages ist jenes Entgelt zu verstehen, welches mit Ihnen vereinbart wurde und welches für erbrachte Dienstleistungen bereits angefallen ist.

Wenn Sie Ihr Widerrufsrecht ausüben, werden wir nicht weiter für Sie tätig.





Rechtsanwaltskanzlei Bergt und Partner AG
Buchenweg 6 | Postfach 743
FL-9490 Vaduz
+423 235 40 15
office@bergt.law

Muster-Widerrufsformular

Wenn Sie den Vertrag widerrufen möchten, dann füllen Sie bitte dieses Formular aus und retournieren Sie es an uns.

Hiermit widerrufe ich den von mir abgeschlossenen Vertrag über die Erbringung der beauftragten Dienstleistungen:

Beauftragt am _____

Ihr Name _____

Ihre Anschrift _____

Datum _____

Ihre Unterschrift _____